



## Mobilität für alle bezahlbar halten

Für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sollen gleichwertige Lebensbedingungen sowohl in städtischen als auch in ländlichen Regionen gewährleistet sein. Deshalb muss Mobilität für alle möglich sein – eben nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. Ein gutes Mobilitätsangebot ist für viele Menschen notwendig, um den Alltag erfolgreich zu meistern, etwa für die tägliche Fahrt zur Arbeit, die Wege zu Kita und Schule, für den Besuch beim Arzt oder um Kunden zu beliefern und Dienstleistungen, z. B. durch Handwerker, in Anspruch nehmen zu können.

SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP nehmen Mehrkosten für Millionen Pendler und Unternehmen bewusst in Kauf. Die Koalitionspartner haben sich in ihrem Koalitionsvertrag auf einen steigenden Benzinpreis und einen höheren Dieselpreis verständigt.

Dieselfahrer werden künftig einseitig mehr belastet – Pendler, Unternehmen und Betriebe, insbesondere in der Landwirtschaft, im Stich gelassen.

Darüber hinaus erschwert die Koalition den Umstieg auf die klimafreundlichere Elektromobilität für alle Bürger, insbesondere für Menschen mit geringeren Einkommen, indem der FDP-Verkehrsminister die Kaufprämie für Elektroautos zumindest für einen längeren Zeitraum in Frage stellt.

Was der neue Koalitionsvertrag im Bereich der Verkehrspolitik vorschlägt, ist das Gegenteil von nachhaltiger Politik. Die Koalition bremst Projekte aus, wo sie beschleunigen müsste. Sie heizt Preise an, wo sie dämpfen müsste. Und sie vernichtet Anreize, wo sie welche setzen sollte.

Deshalb fordert die CDU/CSU die neue Bundesregierung auf, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel den Umstieg auf die CO<sub>2</sub>-neutrale Mobilität für alle attraktiv zu gestalten und dabei die Interessen aller Nutzer zu berücksichtigen. Dabei spielen neben batterieelektrischen Antrieben vor allem auch synthetische Kraftstoffe eine wichtige Rolle.

Außerdem ein Dieselfahrverbot zu verhindern und dafür unter anderem das erfolgreiche Programm „Saubere Luft“ des Bundesverkehrsministeriums fortzusetzen – mit dem ein wesentlicher Beitrag zur Reduzierung der Überschreitungen der zulässigen Stickstoffdioxid-Grenzwerte (von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>)/m<sup>3</sup> von 90 (im Jahr 2016) auf unter 10 Städte und Gemeinden im Jahr 2020 geleistet wurde.

Zudem fordert die Unionsfraktion bestehende Energiesteuersätze für Diesel und Benzin nicht zu erhöhen und statt-dessen sowohl die Kraftstoff- als auch die Kfz-Besteuerung im Lichte einer einheitlichen CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu reformieren. Nicht-fossile Bestandteile von Kraftstoffen sollten dringend von der Energiesteuer zu befreien;

Ferner soll die neue Bundesregierung schnellstens anerkennen, dass die Steuervergünstigung beim Agrardiesel eine wichtige Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere für die vielen Familienbetriebe ist.

Das Ladesäulennetz muss weiterhin zügig auszubauen, um den Wechsel auf Elektromobilität flächendeckend zu ermöglichen und an der sogenannten Pendlerpauschale ist festzuhalten. Die CDU/CSU will sie mit dem Ziel weiterentwickeln, dass sie dynamisch in Abhängigkeit vom jeweils geltenden CO<sub>2</sub>-Preis nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) ansteigt. Nur dies und die Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans, den Ausbau und die Modernisierung des Radwegenetzes sowie die Förderung kommunaler Radverkehrsinfrastruktur kann eine vernünftige Mobilität gewährleisten.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



mit der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler endete gestern die Kanzlerschaft von Angela Merkel. Damit geht eine Ära zu Ende: 16 Jahre Bundeskanzlerin, 18 Jahre Parteivorsitzende, 31 Jahre Abgeordnete.

Sie hat das Amt der Bundeskanzlerin länger bekleidet als Konrad Adenauer, nur wenige Tage weniger als Helmut Kohl.

Seit 2005 hat sie erfolgreich als erste Frau in diesem wichtigsten politischen Amt für unser Land gearbeitet. Es gab in dieser Zeit wechselnde politische Koalitionen, unzählige Höhen und Tiefen, Gipfelgespräche und internationale Krisen. Eine Konstante war unsere Bundeskanzlerin. Angela Merkel hat Deutschland und Europa entscheidend geprägt.

Wenn man auf die vergangenen 16 Jahre zurückblickt, wird uns klar, wie gut und wohin Angela Merkel unser Land geführt hat: Deutschland wurde unter rot-grün als „der kranke Mann Europas“ bezeichnet aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Probleme. Mit Angela Merkel konnten wir die Beschäftigung deutlich steigern, die Arbeitslosenzahlen halbieren, sechsmal hintereinander die Schwarze Null im Bundeshaushalt halten und so manche gesellschafts-politischen Reformen auf den Weg bringen. Angela Merkel hat Deutschland souverän und sicher durch große Weltkrisen geführt und Europa unter teils schwierigen Bedingungen gut zusammengehalten. Sie hat uns gezeigt, wie pragmatisch und unaufgeregt Politik sein kann. Sie wird uns auf der großen Weltbühne und hier in Deutschland sehr fehlen.

Gleichzeitig zu dem Abschied möchte ich aber Olaf Scholz zu seiner Kanzlerwahl gratulieren und ihm alles Gute – im Interesse unseres Landes – wünschen. Für die CDU/CSU-Fraktion beginnt nun eine konstruktive, kritische und differenzierte Rolle in der Opposition. Die Unionsfraktion wird die neue Rolle mit Elan ausfüllen. Wir werden dabei unsere Stimme kräftig, aber immer fair und sachlich erheben.

Herzliche Grüße aus Berlin und bitte bleiben Sie gesund! Ihr

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW  
*Foto: Laurence Chaperon*

## Korrekturen am Corona-Gesetz: Zu wenig – zu spät

Die Unionsfraktion hat der neuen Regierung Halbherzigkeit in der Bekämpfung der Corona-Pandemie vorgeworfen. In der Debatte zur Reform des Infektionsschutzgesetzes kritisierte die CDU/CSU die links-gelbe Koalition deutlich. Angesichts anhaltend hoher Infektionszahlen und einer Überlastung des Gesundheitswesens muss die Koalition ihr Infektionsschutzgesetz bereits zum zweiten Mal innerhalb von vier Wochen nachbessern. Die Unionsfraktion hat bereits bei der ersten Fassung im November vehement auf solche Korrekturen gedrungen und tut es auch jetzt. Sie bemängelt vor allem, dass die Ampel-Koalition den Instrumentenkasten der Länder im Kampf gegen Corona ausgedünnt hat, indem sie die epidemische Lage am 25. November auslaufen ließ und durch ein unzureichendes Gesetz ersetzte.

Das neue Reparaturgesetz, das noch in dieser Woche verabschiedet werden soll, geht zwar in die richtige Richtung, dennoch greife es wieder zu kurz. Das Mittel der Wahl sei immer noch die Feststellung der epidemischen Lage. Die Unionsfraktion äußerte ihre Verwunderung darüber, dass die SPD in der vergangenen Legislatur bei sehr viel niedrigeren Inzidenzen der epidemischen Lage regelmäßig zugestimmt habe, sie ausgerechnet in der jetzigen Lage aber ablehne.

Das Reparaturgesetz erlaubt den Ländern unter anderem, bei hohen Inzidenzen Versammlungen und Veranstaltungen zu untersagen. Auch die Gastronomie kann geschlossen werden, Fitnesscenter und Sporthallen jedoch nicht. Reisen und Übernachtungen werden weiter möglich sein. Ausgangssperren sind ausgeschlossen.

Für Länder, die Maßnahmen unter der alten Rechtsgrundlage der epidemischen Lage verhängt haben, wird die Gültigkeitsdauer erneut verlängert – nun vom 15. Dezember auf den 15. Februar. Auch der 15. Februar werde wohl nicht ausreichen, monierte die Union mit Blick auf die dramatische vierte Welle, die ihren Höhepunkt voraussichtlich erst nach Weihnachten erreichen wird.

Das Gesetz erlaubt vorübergehend auch Apothekern, Zahn- oder Tierärzten, Impfungen auszuführen, sofern sie dafür geschult sind. Es sieht außerdem eine einrichtungsbezogene Impfpflicht für Beschäftigte vor, die etwa in Kliniken, Pflegeheimen oder Arztpraxen arbeiten. Die CDU/CSU-Fraktion schlug angesichts außergewöhnlich hoher Inzidenzen bei Kindern und Jugendlichen vor, Lehrer und Erzieher in Kitas ebenfalls in diese Impfpflicht einzubeziehen.

Enttäuschend nannte es die Union, dass der ursprünglich im Gesetz vorgesehene Bonus für Intensivpflegekräfte, den auch die Ministerpräsidenten der Länder angemahnt hatten, von der links-gelben Koalition auf das neue Jahr verschoben wurde.

## Kleinen und mittleren Unternehmen schnell helfen

Seit fast zwei Jahren hat die Corona-Pandemie die Wirtschaft fest im Griff. Der Druck, der seither auf vielen, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen lastet, ist enorm. Die steuerberatenden Berufe unterstützen die deutschen Unternehmen nach allen Kräften, diese Herausforderungen zu meistern. Steuerberaterinnen und Steuerberater unterstützen neben ihren originären Aufgaben als Organe der Steuerrechtspflege bei Corona-Wirtschaftshilfen, Kurzarbeitergeld oder bei zahlreichen anderen betriebswirtschaftlichen Zusatzaufgaben. Wie auch die übrige Wirtschaft sind Steuerberaterkanzleien gleichzeitig durch die coronabedingten Einschränkungen von geänderten betrieblichen Abläufen, Homeoffice, Kinderbetreuung der Mitarbeiter, etc. betroffen.

Die coronabedingten Zusatzaufgaben stellen zusammen mit den coronabedingten Sonderbelastungen gerade kleine und mittlere Kanzleien vor kaum lösbare Probleme. Diese Dauerbelastung verschärft sich nun zum 31. Dezember 2021, wenn die Offenlegungsfrist der Jahresabschlüsse 2020 endet.

die Fristen für die Abgabe von Steuererklärungen für den Besteuerungszeitraum 2020 um weitere drei Monate in beratenen Fällen bis zum 31. August 2022 und bei Land- und Forstwirten bis zum 31. Dezember 2022 zu verlängern;

2. im Rahmen der Verwaltungspraxis des Bundesamtes für Justiz auf die Einleitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren für die Veröffentlichung der Jahresabschlüsse 2020 für kleine und mittlere Kapitalgesellschaften bis Ende Mai 2022 zu verzichten.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 08/2021,  
10. Dezember 2021

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck